



Die Stadtverordnetenversammlung

## **Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 20. November 2025**

Antrags-Nr. 25-F-63-0061

### **Wiesbaden als Modellkommune für einen handlungsfähigen Staat**

**- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt vom 03.09.2025 -**

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ hat im Juli 2025 unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 35 konkrete Empfehlungen vorgelegt, um Verwaltung und Politik in Deutschland schneller, transparenter und bürgernäher zu machen. Erarbeitet wurden diese Vorschläge von einem breit besetzten Expertenteam aus Politik, Justiz und Gesellschaft.

Ein zentrales Element des Abschlussberichts ist die Einrichtung von Modellkommunen, die neue Wege in der Verwaltungsmodernisierung erproben - etwa bei Genehmigungen, beim Bürgerservice oder in der Führungskultur. Erste Städte wie Bonn haben beim neuen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung bereits Interesse bekundet.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit Antrag Nr. 24-F-63-0091 im Februar 2025 bereits eine umfassende Initiative zur Verwaltungsmodernisierung gestartet. Die dort beschlossenen Maßnahmen - u. a. zur Stärkung übergreifender Prozesse, zum Bürokratieabbau, zur Serviceorientierung und zur Einrichtung eines Projekt Management Office - bilden eine solide Grundlage, um sich als Modellkommune auf Bundesebene zu profilieren.

Eine Bewerbung eröffnet die Chance, zusätzliche Impulse, Ressourcen und Sichtbarkeit zu gewinnen und Wiesbaden bundesweit als Vorreiterin einer modernen, offenen und reformorientierten Stadtverwaltung zu positionieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob und wie sich Wiesbaden als Modellkommune im Sinne der Empfehlungen der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ bewerben kann,
2. hierzu Kontakt mit dem zuständigen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung aufzunehmen, das Interesse Wiesbadens als Modellkommune zu bekunden und sich nach dem weiteren Verfahren sowie den Möglichkeiten einer Bewerbung zu erkundigen,
3. die zentralen Reformvorschläge aus dem Abschlussbericht der Initiative auf ihre Anwendbarkeit in Wiesbaden zu prüfen und dabei insbesondere Bezüge zu bereits beschlossenen Maßnahmen aus Antrag Nr. 24-F-63-0091 („Innovativ und vernetzt: Verwaltungsprozesse in Wiesbaden für die Herausforderungen der Zukunft optimieren“) herzustellen. Ziel ist es, die Reformvorschläge aktiv aufzugreifen und Wiesbaden als Vorreiterin für eine moderne, bürgernahe Verwaltung zu positionieren.

**Beschluss Nr. 0375**

Der Antrag wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat II  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister